



Karl Nehammer: Akteurinnen und Akteure im Bereich Gewaltschutz müssen künftig noch enger vernetzt werden.“



„Orange the World“: Anlässlich der Kampagne wurde das Innenministerium 16 Tage in oranges Licht getaucht.

Zusammenarbeit verstärken

Innenminister Karl Nehammer schnürte 2021 mit knapp 25 Millionen Euro das größte Gewaltschutzpaket der Geschichte. Mit der Unterstützung der Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ setzte er ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Kindern.

Innenminister Karl Nehammer und Frauenministerin Susanne Raab vereinbarten beim zweiten Gewaltschutzgipfel „Gemeinsam gegen Gewalt“ am 23. November 2021 in Wien, die Kooperation mit Gewaltschutzzentren noch weiter zu verstärken. „Diese Initiative hat zum Ziel, besonders vulnerable Gruppen in den Vordergrund zu stellen“, sagte Nehammer. Es gebe viele engagierte Akteure, von Polizistinnen und Polizisten hin zu Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Frauenhäusern, ergänzte der Innenminister „und sie müssen künftig noch enger vernetzt werden“. Nehammer und Raab unterzeichneten die Kooperationsvereinbarung mit der Vorsitzenden des Dachverbandes Gewaltschutzzentren, Marina Sorgo. „Es freut mich, in Zukunft noch enger mit dem Dachverband der Gewaltschutzeinrichtungen zusammenarbeiten zu dürfen – besonders bei der Mitwirkung zur Aus- und Weiterbildung von Polizistinnen und Polizisten ist der Dachverband ein wichtiger Partner“, betonte Nehammer.

Kooperation mit Gewaltschutzzentren. Exekutive, Gerichte, Kinder- und Jugendhilfe sowie Gewaltschutzzentren sollen künftig noch enger kooperieren. Ein Kernstück der Kooperation zwischen Gewaltschutzzentren und Polizei ist die Übermittlung der Betretungs- und Annäherungsverbote. Nach dem

Verhängen der Verbote können Opfer von Gewalt unterstützt werden, auch wenn sie noch keinen Kontakt zur Beratungseinrichtung hatten. Gewaltschutzzentren haben nun die Möglichkeit, sicherheitspolizeiliche Fallkonferenzen anzuregen. Bei jährlich stattfindenden Kooperationstreffen sollen künftig auch besonders geschulte Präventionsbedienstete eingebunden werden.

Der Innenminister betonte, dass 2021 das größte Gewaltschutzpaket der Geschichte mit knapp 25 Millionen Euro geschnürt werden konnte. Im Rückblick auf 2021 sagte er: „Die Beratungsstellen für Gewaltprävention haben am 1. September ihren Betrieb aufgenommen und in den ersten beiden Monaten haben bereits rund 2.000 Gefährder eine Beratung absolviert, zu der sie verpflichtet worden sind.“ Die Zahl der Präventionsbeamtinnen und -beamten sei von 500 auf 800 erhöht worden, und allein 2021 seien rund 12.100 Betretungs- bzw. Annäherungsverbote ausgesprochen worden – um rund 1.400 mehr als im selben Zeitraum 2020.

„Mit 1. Juli 2021 wurde von der Landespolizeidirektion Wien ein Rundum-die-Uhr-Support für die bei Gewalt in der Privatsphäre einschreitenden Polizistinnen und Polizisten eingeführt – nach vielen positiven Erfahrungen soll diese Unterstützung auf alle Bundesländer ausgerollt werden“, sagte Nehammer.

„Orange the World“. Zum Start der weltweiten Kampagne „Orange the World – 16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ am 25. November 2021 wurde das Innenministerium 16 Tage lang bis 10. Dezember 2021 in oranges Licht getaucht. Die Initiative wird jährlich während der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ von „UN Women“, der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen, initiiert. Zwischen dem 25. November 2021, dem „Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“, und dem 10. Dezember 2021, dem „Internationalen Tag der Menschenrechte“, soll mit Initiativen ein Bewusstsein geschaffen werden, dass Gewalt gegen Frauen und Mädchen als massive Menschenrechtsverletzung nachhaltige Folgen für die Betroffenen selbst, aber auch für die gesamte Gesellschaft hat.

„Es ist mir ein großes Anliegen, dass sich das Innenministerium erneut an dieser Kampagne beteiligt. Damit setzen wir ein klares Zeichen gegen Gewalt an Frauen und Kindern und möchten zur Sensibilisierung beitragen“, sagte Nehammer. Die Polizei könne aber nur dann einschreiten, wenn sie gerufen werde, betonte der Innenminister. Die wichtigste Botschaft laute daher: „Wenn sich Opfer bedroht fühlen, wenn Frauen Angst haben, dann gibt es eine Telefonnummer, die immer zu wählen ist, und das ist 133.“